

## Die wirtschaftliche Lage /Arbeitsbeschaffung

### Aufgabe

#### Probleme

I. Lies Text A und Quelle 1 und entscheide, ob die Aussagen richtig oder falsch sind. Falls die Aussage falsch ist, korrigiere die Aussage.

Die Ansiedelung von Industriellen aus französisch besetzten Gebieten scheiterte, weil

a. ... Rastatt sie nicht ansiedeln wollte.  richtig  falsch

---

b. ...der Oberbürgermeister zu viel für die Immobilien verlangte.  richtig  falsch

---

c. ... das Reich und nicht die Stadt für die ehemaligen Militärbauten verantwortlich war.

richtig  falsch

II. Lies den Zeitungsartikel B. und ergänze den Satz.

Die Arbeitslosen in Rastatt beschwerten sich, weil Rastatter Firmen deutlich mehr Leute vom Land beschäftigten, obwohl diese \_\_\_\_\_

---

---

#### LÖSUNGSANSÄTZE

I. Lies dir die Dokumente zur Lösung der Arbeitslosigkeit durch, die eine kleine Auswahl der Versuche des Oberbürgermeisters, mehr Arbeitsplätze zu schaffen, zeigen.

a) Schreibe die 3 aufgeführten Maßnahmen in eigenen Worten auf.

b) Bewerte, welche Maßnahme du für besonders wichtig hältst.

## 1. Probleme

### A. Infotext über die Industrieansiedlung in Rastatt

Die Stadt Rastatt war von den Folgen des Ersten Weltkrieges zweifach betroffen, nämlich durch den Abzug der Garnison sowie durch die Abtrennung des Elsass als wirtschaftlicher Partnerregion. Zunächst aber, unmittelbar nach Kriegsende, hatte es so geschienen, als wirke sich gerade die Grenzlage günstig für die Stadt aus; denn zahlreiche Industrielle aus französisch-besetzten Gebieten (Rheinpfalz, Elsass-Lothringen) planten, sich in der Nähe ihres Ursprungsstandortes niederzulassen, und hätten Rastatt als Übergangspunkt bevorzugt, zumal man dort Produktionsstätten in Militärbauten einrichten konnte. Da diese aber Eigentum des Deutschen Reiches waren, musste mit der Reichsvermögensverwaltung verhandelt werden. Vergeblich bemühte sich Bürgermeister Renner in ungezählten Eingaben um Industrieansiedlungen. Entweder das Reich verlangte einen zu hohen Preis für die Immobilie, oder die Verhandlungen dauerten so lange, dass der Interessent sich für einen anderen Standort entschied. Bis 1920 war noch kein Gebäude der ehemaligen Garnison einer wirtschaftlichen Nutzung zugeführt worden.

Die Reallöhne der Arbeiterschaft lagen bei Kriegsende 1918 rund 25% unter dem Vorkriegsniveau von 1914. Erst 1929 wurde dieses Lohnniveau wieder erreicht.

Die Weltwirtschaftskrise 1929 machte die positiven Entwicklungen zunichte, die man ab den 1920er Jahren mit Neuansiedelungen von Industrien erreicht hatte. 1934 hatte Rastatt mit 34,9% die höchste Arbeitslosenquote in Baden.

Auszug aus dem Katalog: Iris Baumgärtner u.a., Es lebe das Neue!?, Rastatt in der Weimarer Republik, Beiträge zur Stadtgeschichte, Rastatt 2018, S. 24 und S. 99

### Quelle 1 Rastatter Zeitung vom 18. März 1921

Ein Artikel über die Reichsbehörde, die nicht auf Wünsche nach Räumlichkeiten auf den ehemaligen Kasernengeländen eingeht:

*Und doch hätten es die in Betracht kommenden Behörden in der Hand, der Stadt Rastatt den Uebergang in neue Verhältnisse zu erleichtern, wenn sie sich nicht in bürokratischer Unvernunft den Forderungen des Tages verschließen würden. Unsere Stadt hätte Aussicht, zu einer neuen Blüte als Industriestadt zu gelangen.*

### B. Inflation

#### Rastatter Tagblatt, 25.10.1923

*Gestern vormittag gegen 11 Uhr versammelten sich vor dem Rathause ca. 200 Arbeitslose, um gegen die durch das plötzliche weitere Hinausschwellen der Lebensmittelpreise völlig unzureichend gewordenen Erwerbslosenunterstützung zu demonstrieren. Man sandte eine Abordnung ins Rathaus, die mit dem Stadtoberhaupt über eine sofortige Hilfsaktion beraten sollte [...] und es wurde eine Einigung erzielt insofern, als jedem Arbeitslosen sofort 20 Milliarden Mark ausbezahlt wurden. [...] Aus den Reihen der Demonstranten kam starker Unwille darüber zum Ausdruck, dass*

*einige hiesige Firmen vorzugsweise Leute vom Lande beschäftigen, die in ihrem eigenen oder elterlichen landwirtschaftlichen Kleinbetrieb in der Zeit der Arbeitsnot behelfsweise ihr Auskommen finden könnten. Nach unserer Ansicht sind die Klagen vollauf berechtigt.*

## II. Lösungsansätze

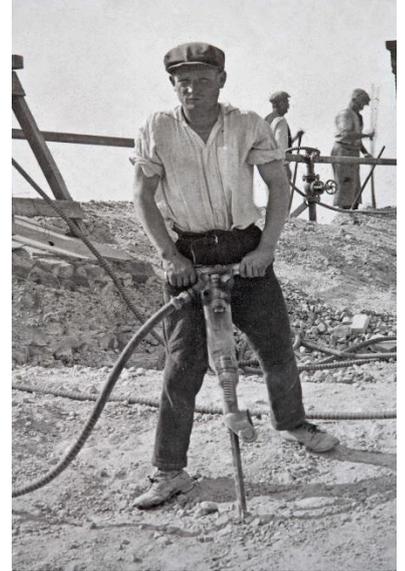
### A. Arbeitsbeschaffung

Über die vom Reich finanzierten Notstandsarbeiten sucht die Verwaltung möglichst viele Arbeitslose in Lohn und Brot zu bringen.

#### ① OB Renner schildert 1925 die Lage:

*Die Arbeitslosigkeit in hiesiger Stadt nimmt [...] erschreckend zu und die Stadtverwaltung sah sich veranlasst, Notstandsarbeiten zur Beschäftigung der Erwerbslosen einzuleiten, um die größte Not einigermaßen zu lindern. Die hierzu in der Friedrichsfeste zu Verfügung stehenden Arbeiten reichen jedoch nicht aus, um auch nur die Mehrzahl der Arbeitslosen den Winter über zu beschäftigen.*

(GLA Karlsruhe 237 Nr. 28212)



Arbeiter bei der „Entfestigung“, die Teil der Notstandsarbeiten war.

© Stadtarchiv Rastatt

### B. Förderung von Gewerbe und Industrie in Rastatt

#### Die Rastatter Waggonfabrik

Die Rastatter Waggonfabrik, gegründet 1897, kämpfte in den späten 1920er Jahren um eine Wiederherstellung ihrer Quote bei den Aufträgen der Reichsbahn. Oberbürgermeister Renner unterstützte die Waggonfabrik soweit es ihm möglich war.

Am 14. Januar 1929 bat Renner den Ministerialrat Dr. Fecht bei einer Besprechung bei der Eisenbahnverteilung wegen der Quotenzuteilung an die beiden badischen Waggonfabriken (neben der Rastatter Waggonfabrik gab es noch die Waggonfabrik Fuchs in Heidelberg) *die Rechte unserer Waggonfabrik mit allem Nachdruck zu vertreten, da die Erhaltung unserer Waggonfabrik und ihr Wiederaufwärtssteigen für unsere Stadt von großer Wichtigkeit* seien. Die Waggonfabrik beschäftigte nur noch 200 Arbeiter und habe sich durch rationelles Wirtschaften gesund erhalten können.<sup>1</sup> Weiter führt Renner aus: *Unsere Stadt hat unbedingt einen moralischen Anspruch darauf, dass sie in ihre Wirtschaft nicht verkürzt wird durch Maßnahmen der Behörden, denn keine Stadt in Baden hat neben Kehl so große Opfer für die Allgemeinheit infolge des ungünstigen Kriegsausganges bringen müssen, wie unsere Stadt. Unsere Stadt hat ihre große Garnison mit etwa 5000 Menschen verloren, sie hat das elsässische Hinterland, das für sie eine Lebensfrage war, verloren, und sie hat vermöge der 2 Rheinübergänge einen elsässischen Flüchtlingsstrom aufnehmen und unterbringen*

<sup>1</sup> 2018: am Standort Rastatt arbeiten heute in der Nachfolgefirma BWR Waggonreparatur 62 Mitarbeiter auf einer Betriebsfläche von 34.000 qm.

müssen, der heute unseren Fürsorge-Etat und unsere Wohnungsfrage noch ungeheuer belastet. Dafür aber hat sie wenigstens den moralischen Anspruch, dass sie nicht noch durch Maßnahmen von Behörden geschädigt und beeinträchtigt wird.

© Schreiben des OB Renner an Ministerialrat Dr. Fecht vom 14. Januar 1929, Stadtarchiv Rastatt A2701

Die Versuche, eine höhere Quote bei den Aufträgen der Reichsbahn zu erhalten, waren trotz intensiver Bemühungen nicht erfolgreich.

### C. Einstellung von Arbeitern

Protokoll einer Sitzung mit dem Bürgermeister und Vertretern der 20 wichtigsten Firmen in Rastatt, 12. September 1932:

Rastatt, den 12. September 1932.

15015 Beschluss

- 1) An die Waggonfabrik Rastatt,
- 2) " " Firma Weilschuh A.-G. hier,
- 3) " " Firma Thaleswerk hier,
- 4) " " "Berga" Akkumulatorenfabrik hier,
- 5) " " Furnierfabrik Löffler hier,
- 6) " " Firma Fahlbusch hier,
- 7) " " "Mayer & Grammelapacher hier,
- 8) " " "Leitzwerke hier,
- 9) " " Kartonagenfabrik Dreyfuss & Kooss hier,
- 10) " " Firma Carl Ludwig Schmidt, Lehrmittelwerkstätte hier,
- 11) " " "Werola hier,
- 12) " " "Weerner & Co. hier,
- 13) " " Rastatter Heydfabrik hier,
- 14) " " Firma Reishauer Werkzeuge hier,
- 15) " " Südd. Möbel - Industrie Gebr. Trefzger hier,
- 16) " das Hofbrauhaus Matz hier,
- 17) " die Brauerei C. Franz hier,
- 17a) " Firma Friedrich Zeiler, Eisengiesserei hier,
- 18) " " Stickerlen - Werke hier,
- 19) " " Möbelfabrik Karl Stier Söhne hier:

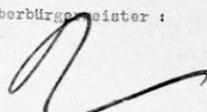
Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen ist in unserer Stadt auf rd. 600 angewachsen. Die Lasten für deren notwendige Unterstützung treffen in Gestalt der Steuern auch insbesondere die Industrie. Es wird vielfach, insbesondere auch aus den Kreisen der Erwerbslosen, darüber geklagt, dass die Industrie bei Einstellungen nicht genügend auf die einheimische Arbeiterschaft Rücksicht nehme und mehr als notwendig Arbeiter von auswärts einstelle und so mit dem Anwachsen der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen verurteile. Ich halte es für notwendig und erwünscht, mit

den Vertretern der Industriefirmen einmal diese Frage zu besprechen und lade deshalb zu einer Besprechung hierüber auf Freitag, den 16. September d.J. abends 6 Uhr in den grossen Rathssaal ergebenst ein.

Mit vorzögl. Hochachtung

20) Wvl. zum Termin .

Der Oberbürgermeister :

  
erl. sofort.  
 He.

Rastatt, den 17. September 1932.

Gestern Abend fand die Besprechung mit den Vertretern der hiesigen Industrien statt, wegen der vorzugsweisen Beschäftigung einheimischer Arbeiter.

Erschienen waren Vertreter der Firmen, die im Einladungsschreiben mit Bleistift angetrichen sind.

Ich habe mit den erschienenen Vertretern der Industrie die Frage besprochen und auf deren Wichtigkeit und finanzielle Auswirkung hingewiesen. Zu der Frage, wie es sich erklärt, dass verhältnismässig so viele auswärtige Arbeiter in den hiesigen Industriebetrieben gegenüber den einheimischen beschäftigt sind, wurden verschiedene Erklärungen abgegeben.

Es wurde darauf hingewiesen, dass der Arbeiter vom Land eine grössere Bodenständigkeit in der Fabrik an den Tag legt insofern, als er nicht so leicht den Arbeitsplatz wechselt wie der städt. Arbeiter. Daraus erklärte sich, dass die alten Stammarbeiter vielfach vom Land sind. Das städt. Element sei in der Industrie erheblich fluktuierender wie der ländliche. Dazu komme, dass das ländliche Element, und wenn es noch so sehr bestritten wird, eben doch einen stetigeren und auch energischeren und vielfach arbeitswilligeren

Es folgt weiter unten: *Ich habe nach eingehender Besprechung der vorgetragenen Gesichtspunkte die Industrie ersucht, trotz allem, im Hinblick auf die finanziellen Auswirkungen auch für die Industrie, die ja doch an der Aufbringung der Mittel zur Unterstützung in der Hauptsache beteiligt sind, bei etwaigem weiteren Abbau in erster Linie Arbeiter vom Land abzubauen und vor allem bei Neueinstellungen tunlichst nur auf städt. Arbeiter zurückzugreifen, da doch jetzt in der Stadt genügend solide und zuverlässige Arbeiter vorhanden sein, die sicherlich nicht hinter den Arbeitern vom Land zurückstünden.*

© Stadtarchiv Rastatt A2665